



Hallo zusammen!

In vielen Gegenden der Welt leben Menschen unter viel schlechteren Bedingungen als hier in Mitteleuropa. Viele Kinder und Jugendliche müssen arbeiten, um sich und ihre Familie ernähren und zur Schule gehen zu können. Aus Bolivien berichten wir in diesem Monat über Lizeth, eine Jugendliche, die dies geschafft hat und außerdem Verantwortung übernimmt, indem sie sich für die Rechte der arbeitenden Kinder einsetzt. Ein tolles Beispiel dafür, dass sich etwas ändern lässt, wenn man den Mut und das Vertrauen hat, es zu versuchen. Ich wünsche euch allen, dass ihr seht, wo und wie das für euch auch möglich ist, und dass ihr den Mut findet, es zu tun.

Euer PATER JENS WATTEROTH OMI

OMI-Jugendbüro
Klosterstraße 5
36088 Hünfeld
www.omi-jugend.de

In La Paz, dem Regierungssitz Boliviens, gehört die Seilbahn zu den öffentlichen Transportmitteln. In der Stadt sind bis zu 1000 m Höhenunterschied zu bewältigen. Dabei gilt: Je ärmer die Leute sind, desto höher wohnen sie.



„FÜR ARBEITENDE KINDER UND JUGENDLICHE SCHLÄGT MEIN HERZ!“

Eine Begegnung mit der Präsidentin der bolivianischen Gewerkschaft der arbeitenden Kinder und Jugendlichen.

Es ist Mittagszeit in La Paz: Bauarbeiter, Anzugträger und Horden von Schülern und Studenten suchen sich einen Snack bei einem der vielen fliegenden Händler und ein Plätzchen für ihre Mittagspause. Kleine Bäume spenden spärlichen Schatten für das Gespräch mit Lizeth Reina Costa. Lizeth ist die Präsidentin der Gewerkschaft der arbeitenden Kinder und Jugendlichen, der Unión de los niños, niñas y adolescentes trabajadores de Bolivia (UNATsBo).

Gerade bereitet sie sich auf die Aufnahmeprüfungen für das Jura-Studium vor. Dazu besucht sie einen Vorbereitungskurs. Um diesen finanzieren zu können, koordiniert die zierliche 16-Jährige nicht nur ihre Unterrichtsstunden und die Arbeit als Verkehrshelferin, sie macht auch den Haushalt in der Wohnung, die sie sich mit ihrer ältesten Schwester teilt, und kocht für verschiedene Leute. Arbeiten ist nichts Fremdes für Lizeth:

„Ich habe von klein auf gearbeitet, da war ich vielleicht 5 oder 6 Jahre alt. Ich habe in den Straßen Süßigkeiten verkauft und dies und jenes gemacht, sogar als Schuhputzerin war ich tätig. Ja wirklich! Aber ich will es auch nicht missen. Gut, am Anfang war es Notwendigkeit ... aber dann war es ein Teil von mir; ich wollte arbeiten, denn ich merkte, dass es mir half. Mir hat es sehr für die Schule geholfen und in vielen anderen Situationen. Ich hatte gelernt, mich frei auszudrücken. Manchmal habe ich mir auch etwas für mich von dem selbstverdienten Geld gekauft. Aber meistens habe ich es für meine Schulsachen ausgegeben“, erzählt sie und man hört den Stolz in ihrer Stimme. „Ich habe es geschafft, mir meine eigenen Sachen zu kaufen und das mache ich bis heute so“.

Die Kindergewerkschaft, der Lizeth vorsteht, hat durch viele Proteste und zähe Verhandlungen ein Gesetz erstritten, das die Arbeit von Kindern und Jugendlichen unter bestimmten Voraussetzungen erlaubt, um sie aus der Illegalität herauszuholen.

Auch Lizeth war an den Verhandlungsprozessen im Jahr 2013 beteiligt: „Ich bin ja schon seit 5 bis 6 Jahren in der UNATsBo. Aber genau in diesem Moment, als es um die Änderungen des Gesetzesentwurfs ging, als wir auf die Straßen gingen und demonstrierten, durchlebte ich eine sehr schwere Zeit in der Familie und konnte daher nicht teilnehmen.“ Lizeth ringt um Worte und fügt hinzu: „Sie wollten mich eigentlich an einen Ort stecken, wo nur Kinder leben, die keine Eltern mehr haben. Es ist nämlich so, dass mein Vater eine andere Familie hat. Ich habe nie mit ihm zusammengelebt und ich kenne ihn auch nur vom Sehen. Ja und meine Mutter...“ sie macht eine längere Pause, „...meine Mutter ist vor drei

Jahren gestorben“. Lizeth spielt mit einem Stöckchen im Gras und es scheint für einen kurzen Moment, als herrsche Stille mitten in dieser lauten Stadt. Dann blickt sie auf, lächelt und sagt: „Aber ich wohne jetzt mit meiner Schwester zusammen. Sie unterstützt mich immer.“

Lizeth scheint diese Gabe zu haben, aus sehr schweren Situationen herauszukommen und mit positiver Kraft erneut nach vorn zu schauen.

Dann beginnt sie über das Kinder- und Jugendschutzgesetz zu sprechen. Sie kritisiert die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), die gegen das Gesetz ist: „Ja, sie zeichnen immer die hässlichste Realität [von „Kinderarbeit“], die nur vorstellbar ist. Klar, auch solche Arbeit existiert in unserem Land und das ist ein Verbrechen. Jedenfalls bin ich der Meinung, dass sie durch ihr Verhalten auch die würdige Arbeit unsichtbar machen, die die meisten von uns Kindern und Jugendlichen ausüben, um ihre Familien zu unterstützen. Das ist es, was die UNATsBo fordert, dass alle eine würdige Arbeit haben!“

Die junge Präsidentin möchte mit ihrer Gewerkschaft vorwärtsgehen, aber der Weg ist mühsam. „Wir haben so hart für das Gesetz gekämpft“, sagt sie, „und jetzt müssen wir noch härter für die Umsetzung kämpfen“. So gibt es z. B. gesetzlich vorgeschriebene Ombudstellen. Diese sind dafür zuständig, die Kinder und Jugendlichen auf ihre körperliche und geistige Reife und Gesundheit zu prüfen, bevor sie eine Arbeitserlaubnis erhalten. Doch es gibt viel zu wenige Mitarbeiter in diesen Stellen und daher müssten die arbeitenden Kinder zu ihnen kommen. „Aber Entschuldigung“, empört sich Lizeth, „die arbeitenden Kinder und Jugendlichen sind auf den Straßen und verdienen ihr Geld! Sie haben keine Zeit, um in die Büros zu gehen und dort den ganzen Tag ohne Ergebnis zu verträdeln. Das nämlich ist die Realität!“ Und auch die Sozialarbeiter und Psychologen, so wünscht sie sich, „müssten

ihre Strategie ändern.... Sie sollten zu den Orten gehen, wo die Kinder und Jugendlichen sind, nicht umgekehrt.“

Doch es gibt auch Erfolge: „Schau, da vorn an der Ecke“, sie zeigt auf ein nahestehendes Gebäude, „da gibt es beispielsweise ein Zentrum der Stadtverwaltung, in dem Kinder angehört werden. Dort gibt es eine kleine Gruppe von arbeitenden Kindern und Jugendlichen, die zwar nicht in unserer Gewerkschaft sind, aber die Stück für Stück über ihre Rechte informiert werden. Sie erhalten pädagogische Unterstützung und vieles mehr... Wir wollen, dass es überall in der Stadt und in ganz Bolivien solche Zentren gibt.“

Lizeth weiß um die komplizierte Situation, in der sich die arbeitenden Kinder und ihre Gewerkschaft befinden, aber sie ist überzeugt: Wenn die Firmenchefs, die Ladenbesitzer und alle Arbeitgeber einmal umfassend über die rechtliche Lage informiert sind, kann sich die Situation für die arbeitenden Kinder und Jugendlichen verbessern. Und so erzählt sie voller Begeisterung von einem 16-jährigen Jugendlichen in Cochabamba: „Er bewarb sich bei einer Firma, die Schuhe herstellt. Sie haben ihn nach seinem Alter gefragt und sie haben ihn eingestellt. Dann hat er die [im Gesetz festgeschriebenen] zwei bezahlten Stunden täglich für Schularbeiten eingefordert... Und ja, er hat sie bekommen.“



Sie nickt zufrieden und sagt schließlich: „Für die arbeitenden Kinder und Jugendlichen ... ja, für sie schlägt mein Herz!“

SARAH CHRIST

Lizeth Reina Costa, Präsidentin der Gewerkschaft arbeitender Kinder und Jugendlicher.



In Bolivien leben 3,37 Millionen Kinder im Alter von 5 bis 17 Jahren, dies ist fast die Hälfte der Bevölkerung. Die meisten von ihnen gehen sowohl zur Schule (93 %) und arbeiten (87 %).

Im Jahr 2003 hat sich die Unión de Niños, Niñas y Adolescentes Trabajadores de Bolivia (UNATsBo) gegründet, eine Art Dachverband der vielen lokalen gewerkschaftlichen Gruppen von arbeitenden Kindern und Jugendlichen in Bolivien. Sie kämpfte unter anderem für eine Überarbeitung des Kinder- und Jugendschutzgesetzes.

Das Besondere des bolivianischen Kinder- und Jugendschutzgesetzes vom 17. August 2014 ist, dass erstmals die Arbeit von Kindern nicht ausnahmslos verboten wird, sondern ihnen Schutz vor Ausbeutung und Rechte am Arbeitsplatz zugesprochen werden. Es regelt sehr differenziert die Arbeiten, die ausgeübt werden dürfen. Allgemein gilt: Die Arbeit darf weder die Gesundheit, die Würde noch die physische und mentale Entwicklung der Kinder gefährden. Ferner existiert eine Liste mit gefährlichen Arbeiten, die grundsätzlich für Kinder verboten sind. Das Gesetz betont das Recht der Kinder auf Bildung und verpflichtet die Arbeitgeber, die Kinder täglich zwei Stunden für Schularbeiten freizustellen.